

INTERNATIONALAKTUELL



EU-Japan Gipfel



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2300 | Fax 030-20308-2333
Verantwortlich: Dr. Volker Treier | E-Mail: treier.volker@dihk.de

Im Rahmen des EU-Japan-Gipfels am 28. Mai 2011 haben die Vertreter der Europäischen Union und der japanischen Regierung den Weg für die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Abkommen über Freihandel und wirtschaftliche Partnerschaft frei gemacht. Zuvor soll allerdings eine Bestandsaufnahme (sog. „scoping exercise“) erfolgen, bei der die Eckpunkte des Verhandlungsmandats gemeinsam festgelegt werden.

Einschätzung des DIHK:

Aus Sicht des DIHK ist der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Japan ein wichtiger Bestandteil für die weitere Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Asien. Die Unternehmen in beiden Wirtschaftsräumen können von besseren Rahmenbedingungen und offeneren Märkten für ihre Handels- und Investitionspläne profitieren, die bisherigen Liberalisierungsbemühungen haben aber bisher nicht zu substantiellen Fortschritten geführt. Vor allem von japanischer Seite wird Marktzugang durch nichttarifäre Handelshemmnisse wie unterschiedliche Regulierungen, Hindernisse in der Anerkennung von Standards sowie kulturelle Barrieren erheblich erschwert. Das öffentliche Beschaffungswesen bleibt für EU-Unternehmen weitgehend verschlossen.

Der DIHK steht einem EU-Japan-Abkommen zwar grundsätzlich positiv gegenüber. Multilaterale Liberalisierungsbemühungen im Rahmen der WTO sollten jedoch weiterhin Priorität vor bilateralen Abkommen haben. Die Aufnahme von Verhandlungen sollte mit folgenden Bedingungen verknüpft werden:

- Japan sollte zunächst konkrete Schritte unternehmen, um nicht-tarifäre Handelshemmnisse und Restriktionen, z.B. bei öffentlichen Ausschreibungen abzubauen;
- bei einem negativen Ergebnis des scoping exercise sollten keine Verhandlungen aufgenommen werden;

- das Abkommen sollte eine umfassende wirtschaftliche Integration zum Ziel haben, also tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse, Investitionen und öffentliches Beschaffungswesen abdecken;
- mögliche Verhandlungen sollten auch zusätzliche Kooperationsfelder umfassen wie die Bereiche Bildung, Forschung oder Fachkräfteaustausch;
- der Abschluss der Verhandlungen sollte nur erfolgen, wenn die maßgeblichen Barrieren für Handel und Investitionen abgebaut werden.

Hintergrund

■ Schwieriger Weg zum EU-Japan-Abkommen

Die Diskussionen zwischen der Europäischen Union und der japanischen Regierung über ein Handels- bzw. Wirtschaftsabkommen waren bereits vor dem Erdbeben vom 11. März 2011 in vollem Gange. Der im Jahr 2001 verabschiedete Aktionsplan¹, der Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Partnern regeln sollte, wird Ende 2011 auslaufen – ohne nennenswerte Erfolge. Japan hatte spätestens seit dem Beginn der Verhandlungen der EU mit Südkorea – einem seiner wichtigsten Wettbewerber – darauf gedrängt, ein vergleichbares Abkommen mit der EU abzuschließen. Die Erdbebenkatastrophe und deren wirtschaftliche Folgen haben diesem Ziel zusätzliche Impulse verliehen.

Innerhalb der Europäischen Union bestehen durchaus Meinungsunterschiede über ein EU-Japan-Abkommen. Während Großbritannien, Dänemark, Schweden und Finnland zu den Befürwortern gehören, sind Italien und Frankreich eher zurückhaltend. Die Bundesregierung zeigt sich nach anfänglicher

¹ Vgl.

http://eeas.europa.eu/japan/docs/actionplan2001_en.pdf

Zurückhaltung für die Aufnahme von Verhandlungen mit Japan grundsätzlich aufgeschlossen – allerdings unter dem Vorbehalt, dass Japan zunächst konkrete Schritte zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse unternehmen sollte. Die Europäische Kommission vertritt inzwischen eine ähnliche Position und kommt damit dem Willen des Europäischen Rates entgegen. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich bei ihrem Frühjahrsgipfel am 24. – 25. März 2011 für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen unter bestimmten Bedingungen ausgesprochen.

■ Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Japan

Japan ist der sechstgrößte Handelspartner der Europäischen Union. Im Jahr 2010 entfielen drei Prozent der gesamten EU-Ausfuhren und vier Prozent der Einfuhren auf Japan. Das Volumen der EU-Exporte nach Japan lag 2010 bei 44 Mrd. Euro (+ 21 Prozent gegenüber 2009). Damit erreichten die EU-Exporte nach Japan das Niveau aus dem Jahr 2000 (45 Mrd. Euro). Die Importe der EU-Mitgliedstaaten aus Japan betragen 65 Mrd. Euro, eine Steigerung um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Deutschland ist Japans größter Handelspartner innerhalb der Europäischen Union. Deutsche Exporte nach Japan beliefen sich 2010 auf 13 Mrd. Euro – das entspricht knapp 30 Prozent der gesamten EU-Exporte nach Japan.² Auch bei den Einfuhren liegt Deutschland innerhalb der EU seit Jahren an der Spitze – mit Importen im Wert von 22 Mrd. Euro, knapp 26 Prozent der gesamten EU-Einfuhren aus Japan.³

Wichtigste Exportgüter der EU nach Japan sind Maschinen, Fahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse. 2010 waren fast ein Drittel der EU-Ausfuhren

² Frankreich: 5,9 Mrd. bzw. 14 Prozent, Vereinigtes Königreich: 4,7 Mrd. bzw. elf Prozent, Italien: 4,0 Mrd. bzw. neun Prozent.

³ Niederlande: 10,9 Mrd. bzw. 17 Prozent, Vereinigtes Königreich: 7,9 Mrd. bzw. 12 Prozent.

und zwei Drittel der Einfuhren Maschinen und Fahrzeuge. Aus der EU wurden 2010 Dienstleistungen im Wert von 18,4 Mrd. Euro nach Japan exportiert, die Importe beliefen sich auf 14,6 Mrd. Auf Japan entfällt etwas mehr als drei Prozent des gesamten EU Dienstleistungshandels mit Drittstaaten.⁴

Ansprechpartnerin:

Dr. Sara Borella, Tel.: +32 (0)2 286-1622,

E-Mail: borella.sara@dihk.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

19 A-D, Avenue des Arts, B-1000 Brüssel

Der DIHK informiert mit "DIHK International Aktuell" zeitnah über internationale Entwicklungen, die für die deutsche Wirtschaft von hoher Bedeutung sind. Dieses Format enthält die Einschätzung des DIHK und erläutert in knapper Form den aktuellen Stand und die Hintergründe.

Der Text ist direkt gegenüber Presseanfragen zitierfähig.

Bisherige Ausgaben zu folgenden Themen:

- Barack Obama – Der neue US-Präsident 01/2008
- Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine 01/2009
- Protektionismus-Debatte 02/2009
- Stabilisierung des Irak ermöglicht Marktzugang 03/2009
- Unklarer Ausgang der Präsidentschaftswahlen – Iranpolitik muss Rücksicht auf die Belange der deutschen Wirtschaft nehmen 04/2009
- Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung 05/2009

⁴ Alle Angaben:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/6-26052011-AP/DE/6-26052011-AP-DE.PDF

- Dubai verunsichert fragile Finanzmärkte 06/2009
- Präsidentschaftswahlen in Chile 01/2010
- EU-Freihandelsabkommen mit Korea 02/2010
- Machtwechsel in Tunesien 01/2011
- Ägypten und Tunesien nach der Revolution 02/2011
- Krise in Japan 03/2011